

SPARTACVS

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!
Antiimperialistisches Magazin der DKP Märkischer Kreis
- April 2019 -

Fridays for future

Der Kampf für unsere Zukunft – gegen ihre Profite

„Wir sind nicht hierhergekommen, um die führenden Politiker der Welt zu bitten, sich um unsere Zukunft zu kümmern. Sie haben uns in der Vergangenheit ignoriert und werden uns abermals ignorieren. Wir sind hierhergekommen, um sie wissen zu lassen, dass eine Veränderung bevorsteht, ob es ihnen gefällt oder nicht. Die Menschen werden sich der Herausforderung stellen.“



*Greta Thunberg vor der UN-Klimakonferenz
in Katowice am 5. Dezember 2018*

Bei „Fridays for Future“ handelt es sich um eine internationale Schulstreik-Bewegung, angestoßen durch Greta Thunberg, einer 16-jährigen Schwedin und Repräsentantin der internationalen Klimaschutzbewegung.

Am 15. März gingen in 110 Ländern weltweit über 300.000 junge Menschen, vor allem Studierende und SchülerInnen, unter dem Motto „Fridays for Future“ auf die Straße. In Iserlohn versammelten sich rund 600 Schüler und UnterstützerInnen bei der „Fridays for Future“ Kundgebung, wir als SDAJ beteiligten uns ebenfalls daran.

Der Kampf für eine Klimapolitik im Namen der Jugend ist ein Kampf für unsere Zukunft!

Es ist an der Zeit, dass große Konzerne wie E.ON, RWE, BMW und VW in die Verantwortung genommen werden und sie zu nachhaltigem Handeln zu zwingen, denn ihr Handeln kommt weder der Umwelt, noch uns, der Jugend, zu Gute.

Ihre kapitalistischen Interessen stehen gegen unser Interesse nach einer intakten Umwelt und einem guten Leben. So betrug der Gewinn von VW im Jahr 2017 11,4 Milliarden Euro – von dieser Summe könnte man, ginge es nach unseren Interessen, 8 mal die größte Windkraftanlage Deutschland nachbauen.

Doch dies ist nur ein Beispiel von vielen, das zeigt: In diesem System, dem Kapitalismus, geht es nur um Profit.

Konsequenter Umweltschutz können wir nur erreichen, wenn immer höhere Profite und der Weg in bis zur Überproduktion nicht mehr das Ziel sind, sondern wir nach unseren Bedürfnissen selbst entscheiden können, was, wann und wie produziert wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir weiter kämpfen und uns organisieren – denn solange wir im Kapitalismus leben, bleibt der Staat Interessenvertreter für die Banken und Konzerne.

Unsere Forderung ist deshalb: Unsere Zukunft – statt ihre Profite!

Kim (SDAJ Lüdenscheid)

Artikel 13 ist beschlossen

Ungewisse Zukunft für Meinungsfreiheit im Netz

Am Dienstag, den 26.03.19 entschied sich das EU-Parlament für die umstrittene Urheberrechtsreform, gegen die in den letzten Wochen zehntausende Menschen in Europa protestiert hatten.



Diese soll die meisten sozialen Medien, wie Youtube, Facebook, aber auch Streaming-Plattformen, kleine kommerzielle Apps, Webseiten und Nutzerforen, bei denen es hauptsächlich um Meinungs- und Informationsaustausch der Nutzer geht nun für die Urheberrechtsverletzungen ihrer Nutzer haftbar machen. Um einer Haftbarmachung zu entgehen, werden sie dazu gezwungen sein, alle Lizenzen vorab

zu erwerben und Upload-Filter zu nutzen, die entscheiden, welche Inhalte auf Basis der Informationen der Rechteinhaber nicht frei von Nutzern geteilt werden sollen und dementsprechend blockiert werden.

Aufgrund des jetzigen Stands der Technik ist es nicht möglich, einwandfrei funktionierende Upload-Filter einzusetzen, da z.B. Zitate und Parodien nicht erkannt werden und erst über einen Beschwerdemechanismus freigeschaltet werden müssten.

Theoretisch würde der großflächige Einsatz der Filter auch Infrastrukturen für eine politische Zensur bieten. Auch könnten Großkonzerne die Upload-Filter mit unliebsamen kritischen Inhalten speisen und damit die Meinungs- und Informationsfreiheit einschränken. "Genau diese Effekte sah der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) bereits 2012: Damals hatte das Gericht noch entschieden, dass soziale Netzwerke Inhalte nicht per Vorfilter blockieren dürfen – zu groß sei der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht und die Meinungsfreiheit der Nutzer (Urt. v. 16.02.2012, Az. C-360/10). Bis aber der EuGH erneut die Gelegenheit hat, sich zu dem Thema zu äußern, wird das große Filtern schon in vollem Gange sein." (<https://www.wbs-law.de/urheberrecht/artikel-13-beschlossen-was-droht-und-was-kann-man-jetzt-noch-tun-79580/>).

Angela Koch

EU-Wahl

Ja, liebe Bürger*innen, es ist mal wieder so weit, am 26. Mai werden Sie aufgefordert, eine Stimme für die Liste einer Partei für das EU-Parlament abzugeben.



Hat dieses Parlament überhaupt irgendwelche nenneswerten Befugnisse? Nein, es ist vielmehr ein Scheinparlament, die eigentliche Macht in diesem imperialistischen Staatenbund liegt bei

der EU-Kommission, einem demokratisch nicht legitimierten Gremium. Diese Kommission kann nun anderen, gewählten Parlamenten Entscheidungen aufzwingen, die ganz im Interesse der herrschenden Klasse (sprich, der Besitzer großer Aktienpakete und der Chefs der Konzerne und Banken) sind, die aber IHREN Interessen als Bürger*innen genau entgegenstehen – es sei denn, Sie wünschen sich, dass Schulen marode zusammenbrechen, dass Schwimmbäder geschlossen, Deutschlands „Sicherheit“ in aller Welt „verteidigt“ oder ihre Meinungsfreiheit immer weiter eingeschränkt wird (womit hier auch lediglich ein paar Versatzstücke dargestellt werden).

Es wäre natürlich berechtigt, zu fragen, warum wir Kommunist*innen dann überhaupt an der Wahl zu einem Scheinparlament teilnehmen. Ja, diese Frage ist gut und berechtigt. Zum einen sind wir Kommunist*innen uns sicher, dass Veränderungen hin zu einer solidarischen und freien Gesellschaft jenseits der Ausbeutung des einen durch den anderen Menschen (sprich zum Sozialismus) niemals über den parlamentarischen Weg noch nicht einmal

eines Parlaments in einer bürgerlichen Demokratie vonstatten gehen können. Dafür braucht es den Widerstand aus der Bevölkerung; das geht nur über die Straße und die Betriebe.

Dennoch nutzen wir seit jeher Parlamente als Tribüne und Informationsquellen um mehr Menschen zu erreichen und gegebenenfalls zu mobilisieren, für ihre eigenen Interessen einzustehen; dafür eignet sich ein Scheinparlament genauso gut, wie eines mit (wenn auch durch die EU eingeschränkter) Macht.

Ja, wir machen keinen Hehl daraus, wir sind GEGEN die EU und ich sage bewusst nicht gegen DIESE EU, denn dass hieße, dass wir der Meinung seien, man könne sie mittels Reformen zu etwas besserem machen, was aber nicht der Fall ist.

Die EU ist in ihrer Verfasstheit ein Objekt, das Demokratie einschränkt zugunsten von Entscheidungen für die Interessen der herrschenden Klasse (wer das ist, können Sie oben noch einmal nachlesen).

Messen sie die EU an ihren Taten, nicht an ihrer Propaganda!

Da wird behauptet, die Europäische Union wäre der Garant für den Frieden in Europa. Ist ja interessant, dass dann ein europäisches Militärbündnis, wie PESCO, in dem fast alle EU-Staaten Mitglied sind, die nationalen Regierungen zwingt, den Rüstungshaushalt über einer gewissen Marke zu halten und dass man über Drohgebärden an unseren Nachbar, die Russische Föderation (eine militärische Großmacht), mit dem offenen Feuer spielt und einen Krieg riskiert. Das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine und die militärische Einkreisung der Russischen Föderation sind nur zwei Beispiele.

Die EU, ein Hort der Offenheit und der Toleranz? Wohl kaum!



Sicher, relativ offene Grenzen machen es den EU-Bürger*innen leicht, von Staat zu Staat zu reisen (wenn dies auch eher ein Nebeneffekt des freien Warentransfers ist, von dem vor allem die herrschende Klasse exportorientierter Länder, Deutschland allen voran, profitiert) aber kommen Sie als Flüchtling an eine EU-Außengrenze, hält Sie die militärische Grenzschutzagentur

Frontex oftmals auf; bestenfalls landen Sie in einem Auffanglager, schlechtestenfalls wählen Sie eine gefährlichere weniger bewachte Route über das Mittelmeer und ertranken jämmerlich.

Sind Sie dann erst einmal in der glorreichen EU angelangt, geht es Ihnen mitunter auch nicht besser, weil reaktionäre bis offen faschistische Regierungen dem entgegenstehen. Dabei ist es die herrschende Klasse der größten Wirtschaftsmächte der EU, die für die Zustände in den Ländern, aus denen Sie flüchten mussten, verantwortlich sind.

Aber selbst wenn Sie EU-Bürger*in sind, müssen Sie sich mit Diskriminierung, Ausgrenzung ja sogar Verfolgung auseinandersetzen, wenn Sie in Ihrer Lebens- und Lebensweise, Ihren Anschauungen oder sogar in Ihrem Aussehen nicht der erwünschten Norm entsprechen.

Schlendern sie doch nur einmal z.B. als Mann Hand in Hand mit einem anderen durch Warschau, Budapest oder Athen und warten Sie ab, was passiert! Nein, tun Sie es lieber nicht! Sie können diese Städtenamen auch durch jegliche Provinzstädte jenseits der Metropolen der zentralen EU ersetzen, Sie werden vermutlich Ähnliches erleben.

Diese und viele andere Beispiele zeigen deutlich, dass die EU ihren Werbeslogans in keinsten Weise gerecht wird. Sie ist lediglich ein Konstrukt, das dazu dient, Demokratie und bürgerliche Freiheit abzubauen, die Ausbeutung voranzutreiben, die Profite der herrschenden Klasse (allem voran der deutschen) ins unermessliche zu steigern auf Kosten aller anderen Bürger*innen.

Wesentlich mehr Argumente finden Sie im DKP-Wahlprogramm zur EU-Wahl. Durch eine Stimme für die DKP werden Sie die EU nicht beseitigen aber sie zeigen deutlich, dass Sie dieses Projekt gegen Demokratie und Freiheit, namens EU, ablehnen. Sie können aber selbst aktiv werden bei Demonstrationen, bei Unterschriftensammlungen und vielen vielen anderen Aktionen. Ein anderes Europa ist möglich aber das können wir nur selbst schaffen. Diese EU ist nicht reformierbar.

Georg A. Fotiadis



Nachlese: Kundgebung zum Internationalen Weltfrauentag

Am 9. März fand am Lüdenscheider Sternplatz eine Kundgebung des „Aktionsbündnisses 8. März“ anlässlich des Internationalen Weltfrauentages statt, bei der auch eine Genossin der SDAJ Lüdenscheid sprach.

Die etwa 40 Aktivist*innen (Quelle: Lüdenscheider Nachrichten) warteten mit Plakaten, Transparenten und Spruchbändern auf; dominierend war dabei die violette Farbe der Frauenbewegung. Das Aktionsbündnis ging aus dem „Bündnis gegen Rechts“ hervor, das ebenfalls zu dieser Aktion mobilisierte.



Lüdenscheids Vize-Bürgermeisterin Verena Kasperek

und die Gleichstellungsbeauftragte Renate Mengedodt nahmen ebenfalls teil. Gewalt und Übergriffe gegen Frauen reichten quer durch alle Kulturkreise, Altersstufen und Gesellschaftsschichten und endeten oft tödlich, merkte Gudrun Benkhofer vom Aktionsbündnis an. „Jeden Tag geschieht [in der BRD] ein Tötungsversuch an einer Frau in einer partnerschaftlichen Auseinandersetzung und jeden zweiten bis dritten Tag stirbt eine Frau oder ein Mädchen an den Folgen. Das sind ca. 150 tote Frauen jährlich.“ Fuhr Benkhofer fort. Sie forderte u.a. mehr Schutzwohnungen und Frauenhäuser.

Georg A. Fotiadis, gestützt auf Lüdenscheider Nachrichten



EU-Wahl 26. Mai 2019: DKP wählen!

DKP schreibt Bundeswehrsoldaten

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat sich mit einem offenen Brief an die Soldaten der Bundeswehr gewandt. Dieser soll in den nächsten Wochen durch die Gliederungen der Partei vor Kasernen und Standorten der Bundeswehr verteilt werden.

Unterzeichnet haben den Brief drei Kandidaten der DKP zur EU-Wahl. Es handelt sich um Olaf Harms, der als Wehrpflichtiger den Friedenskampf in die Bundeswehr getragen hat. Er gehörte zu den Soldaten, die in den 80er Jahren in Uniform an Ostermärschen und Maikundgebungen teilgenommen haben, um für Abrüstung zu Frieden zu werben. Arnold Schölzel ging 1967 wegen seinen Erfahrungen in der Bundeswehr in die DDR, nachdem alte Wehrmachtsoffiziere versucht hatten, junge Wehrpflichtige gegen die Sowjetunion aufzuhetzen. Der heutige DKP-Vorsitzende Patrik Köbele zog Anfang der 80er Jahre seine Verweigerung zurück, weil er den Friedenskampf zur Bundeswehr tragen wollte, Daraufhin wurde er als „untauglich“ ausgemustert.

Sie richten sich in Sorge um den Frieden an die Soldaten. Die NATO dehnt sich immer mehr nach Osten aus, heute stehen NATO-Truppen an der russischen Grenze. Zudem haben die USA den INF-Vertrag gekündigt. Wird diese Kündigung umgesetzt, dann könnten Russland von europäischem Boden und die Volksrepublik China vom Pazifik aus mit atomar bestückbaren, landgestützten Mittelstreckenraketen eingekreist werden. Die Kriegsgefahr wächst von Tag zu Tag.

Sie fordern die Soldaten auf, dass auch Soldatinnen und Soldaten, als “Bürger in Uniform”, ihre Meinung haben und vertreten müssen. Sie wenden sich an die Angehörigen der bundesdeutschen Streitkräfte, weil sie denken, dass einer der Gründe, zur Bundeswehr zu gehen, war, dass man die Bundesrepublik Deutschland verteidigen will. Verteidigen heißt heute, die Gefahr eines Atomkriegs nicht zuzulassen und der Gefahr eines Hochschaukelns der Feindschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland, als auch der Volksrepublik China entgegenzutreten. Verteidigen heißt heute Rüstungsexporte zu stoppen und abzurüsten.

blog.unsere-zeit.de

„Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion ... bedeuten. Die Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich dahin.“

Wladimir Iljitsch Uljanov (Lenin)

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – Märkischer Kreis



DKP Märkischer Kreis

Autoren dieser Ausgabe:

Angela Koch
Kim (SDAJ Lüdenscheid)
Georg A. Fotiadis

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Georg A. Fotiadis